

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Befellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stich-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Sprechstunde: Amt VII, Nr. 772b.

Nr. 51.

Berlin, Sonnabend, 10. November 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Leute und Rot der Leute. — Die Lage der ober-
schlesischen Arbeiter. — Allgemeine Nachrichten. — Gewer-
vereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Leute und Rot der Leute.

Die agrarischen Blätter, voran die „Deutsche
Landzeitung“, verlangen neue gesetzgeberische Maß-
nahmen gegen die Landflucht. Diese Zeitungen haben
aus der Vergangenheit nichts gelernt und darum über-
sehen sie es auch, daß der Mangel an Arbeitern
auf dem Lande mit zurückzuführen ist auf die
deutsche Politik der künstlichen Lebensmittelin-
dustrie. Die Verteuerung der Lebensmittel
macht bisher schon und mehr noch gegenwärtig und
auch in Zukunft die Erhöhung der Löhne not-
wendig, weil Industrie und Gewerbe ein Interesse
daran haben müssen, daß die Arbeiter ihre bisherige
Leistungsfähigkeit, die wieder abhängig ist von der
Höhe der Lebenshaltung, aufrecht erhalten. Eine
Verminderung der Lebenshaltung würde eine Ver-
minderung der Leistungen zur Folge haben müssen.
Die scheinbar hohen Löhne der industriellen
Arbeiter und der Arbeiter in den großen Städten
bilden für die Arbeiter des platten Landes einen
großen Anreiz in die Städte und Industriezentren
abzuwandern. Diese starke Auswanderung ländlicher
Arbeiter ist den gewerblichen und industriellen Ar-
beitern aber keineswegs erwünscht, weil dadurch
wieder die Löhne dieser Arbeiter auf einem für die
Gesamtwirtschaft zu niedrigen Stand gehalten
werden.

Die Arbeiter auf dem Lande haben, soweit sie
zum Grunde gehören, kein Qualifikationsrecht. Auf die
Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Be-
hältnisse können die Landarbeiter selbst keinen Einfluß
ausüben. Die Verteuerung der landwirtschaftlichen
Produkte hat aber auch eine entsprechende Verteuerung
des landwirtschaftlichen Grund und Bodens zur Folge
gehabt. Dadurch ist es dem Arbeiter meist unmög-
lich gemacht, ein eigenes Stück Scholle zu erwerben.
Und was der Arbeiter an Lebensmitteln selbst kaufen
muss, bezahlt er auf dem Lande mit höchsten Preisen.
Fleisch, Butter, Käse, Kartoffeln, Gemüse und auch
das Brot kosten auf dem Lande im Vergleich mit
den Städten, wo in der Stadt, zeitweilig sogar noch
mehr, zumal es auf dem Lande an der Konkurrenz
fehlt. Was kann also der Arbeiter noch halten, auf
dem Lande zu verbleiben?

Der materielle Ertrag der landwirtschaftlichen
Arbeit ist, von der Gesetzgebung begünstigt, erheblich
gewachsen. Wie die Arbeiter daran ausreichend teil-
haben, zeigt es den Landwirten auch nicht an Arbeits-
kräften. Wie die Frankfurter Landwirtschaftskammer
berichtet, ist das Angebot bei ihrer Vermittlungsstelle
im vorigen Jahre um 225 pCt. höher gewesen als im
Jahre zuvor, während die Zahl der Stellenangebote
nur um 50 pCt. gewachsen ist. Freilich, die Arbeiter
wollen mehr verdienen, weil sie auch mehr verdienen
müssen! Darüber hebt der Bericht der Landwirt-
schaftskammer wie folgt zu fragen an:

„Während man 1901 noch einem ersten Anzeigebuch
schätzte 350 RM. Barlohn pro Jahr zahlte, sind heute
benutzbare ältere Anzeigebücher 500 bis 600 RM. nicht
freier Post und Unterhalt kann mehr zu bekommen. Einem
Mann zahlte man 1901 einen jährlichen Barlohn von 150
bis 160 RM., angeblich einer älteren Frau 250 bis
280 RM. Wohlige Tagelöhner erhielten zu Beginn der
Berichtsperiode (1901) einen Durchschnittslohn von
60—80 Pfg. nicht freier Post, jetzt 1,20—1,30 RM.“

Die hier geforderten Löhne sind den Landwirten
zu teuer und darum rufen sie nach Einföhrung billiger
Arbeitskräfte. Es ist bereits erwähnt die Frage der
Einföhrung von Zuliss erörtert worden und
Regier arbeiten bereits in der Landwirtschaft. Darum
wundern die deutschen Arbeiter vom Lande es und

und gehen in die großen Industriegebiete und Städte.
Das entvölkerte platte Land, namentlich im Osten,
wird dann neu zu bevölkern gesucht durch osteuropä-
ische und schließlich auch durch asiatische Arbeiter.
Der in Bildung und Lebenshaltung tiefer stehende
osteuropäische Arbeiter bringt schon jetzt in Massen
ins Deutsche Reich ein, der Osten wird langsam aber
sicher gegen den Westen vorgehoben. In den In-
dustriegebieten des Westens aber gibt es bereits starke
Gemeinden fremder Völker, die man heute noch als
„Ersparungsland“ bezeichnen kann, die aber an Aus-
dehnung immer weiter zunehmen.

In dieser durch die künstliche Wirtschaftspolitik
unheimlich gesteigerten Volksverschiebung liegt nicht zu-
letzt auch eine große Gefahr für die deutsche Nation!
Die künstliche Begünstigung der Preisbildung muß
ganz naturgemäß schlimme Folgen haben. In der
Zeit der Industrieprämien wurde bekanntlich in Bor-
schlag gebracht, einige hunderttausend Hektar
unter Wasser zu setzen, um ihn zu vernichten, damit
der Preis wieder in die Höhe gebracht werden könne.
Nachdem die Ausfuhrprämien abgeschafft sind, kommen
solchere Zustände in der Industrie zur Geltung.
Die Begünstigung der landwirtschaftlichen Produkte
durch maßlos hohe Zölle, muß zu großen Kata-
strophen in der Landwirtschaft führen, weil die ge-
hegerten Pacht- und Güterpreise, die natürlich auch
seinem Ertrage bei der Ertragsmindernde die
Wertbemessung bestimmen, die Landwirte in große
Verlegenheiten bringen, zumal wenn Senken den
Preisstand bestärken oder ungünstige Witterung die
Ernte vernichtet. Dann ist der Bauer auf trauer
Pacht oder großen Hypothekenzinsen und weiß sich
keinen Rat. Die hohen Preise landwirtschaftlicher
Produkte nützen ihm da nichts, weil sie in solchen
Jahren geringer verlässlicher Produktion nicht die
Kosten des Betriebes zu decken vermögen. Diese Be-
triebskosten sind immer gleich hoch, ob nun gute oder
schlechte Ertragsjahre vorliegen. Die höheren Ein-
nahmen bedingen die größeren Ausgaben und gerade
der kleine Bauer, der oft in die Lage kommt, zu
kaufen zu müssen, hat dann keinen Nutzen, sondern
nur noch größeren Schaden von der die Arbeiter
vom Lande vertreibenden, glorreichen Agrar-
politik.

Die Leute auf dem Lande wird unter dieser
Politik immer größer werden. Der Großgrund-
besitzer hält sich fremde Arbeiter, weil er der Rot der
Leute nicht fremder will. Der Bauer aber kann
nicht Löhne bezahlen, wie sie für die Verteuerung
dieser Räte notwendig sein würden. Die Volksverschiebung
vom Osten nach dem Westen wächst, das schöne
Deutschland wird nach und nach ein Land des Natio-
nalitätenhaders oder gar russisch werden.

Die Lage der ober-schlesischen Arbeiter

besprach in der letzten Generalversammlung der
vereinigten Königs- und Laurahütte, Generaldirektor
Hilger in seinem Geschäftsbericht. Die Rede ließ
erkennen, daß der Herr Generaldirektor aus Saarabien
Stammendes Geist mitgebracht und hier einführen
will. Da ist es denn auch kein Wunder, daß der
Herr Geheimrat Wegner aller Arbeiterorganisationen
ist. Doch seiner Meinung ist den Arbeitern die Rolle
der Arbeiter anzudeuten, die nicht das Recht haben,
wäre ober-schlesischen Arbeiterverbände scheint Herr
Hilger jedenfalls noch schlecht informiert zu sein, da
er der Meinung Ausdruck gab, daß es eine besondere
Unzufriedenheit hier nicht gebe. Ein Blick auf die
letzte Reichstagswahl hätte ihn doch schon belehren
können, daß in der Arbeiterklasse eine dumpfe Wut
der Unzufriedenheit Platz gegriffen hat.

Herr Hilger sagt auch in seinem Bericht, man
dürfte sich von den Arbeitern nichts abfordern oder ab-
tragen lassen, man müsse freiwillig und rechtzeitig
geben. Das unterzeichnen wir von Herzen gern.
Aber ist es denn so, wie Herr Hilger sagt?

Wir sagen: „Nein“. Wänten alle ober-schlesischen Ar-
beiter gleichzeitig die Antwort geben, so würde ein
vieltausendstimmiges „Nein“ erklingen!
Die Löhne sind trotz der gestiegenen Fleischpreise
nach Herrn Hilger immer noch durchaus angemessen.
Ist das so?

Nach der Statistik des Berg- und Hüttenmänn-
lichen Vereins pro 1905 verdienen auf der Gräfen-
Laurahütte 3100 Arbeiter 2 930 888 RM., auf der
Laurahütte-Grube 4124 Arbeiter 3 734 799 RM., auf
der Dubenlo-Grube 1000 Arbeiter 822 494 RM.
Hiernach stellt sich der tägliche Durchschnittslohn
auf: 3,11 RM., 3,05 RM., 2,77 RM. Sehr auswan-
dlich, nicht wahr?

Im Jahre 1901 verdienten 76 230 Bergarbeiter
Oberschlesiens bei 288,8 Arbeitstagen 3,42 täglich; im
Jahre 1905 86 660 Bergarbeiter bei 288 Arbeitstagen
3,41 täglich im Durchschnitt.

Rechnet man nun aber den Jahresverdienst dieser
Arbeiter in 52 Wochen eingeteilt, so beträgt der
Wochen-Durchschnittslohn für das Jahr 1901 18,69 RM.
oder 3,12 täglich; pro 1905 18,87 RM. oder 3,29
täglich.

Von diesen Löhnen kommen nun aber in Abzug:
Schießpulver und Dynamit ca. 20 Pfg. täglich,
Straßen-, Kranken- und Pensionskastenbeiträge u.

Bei den Hüttenarbeitern Oberschlesiens liegt
es ebenso aus. Nach derselben Statistik pro 1906
und genauer Berechnung sind in derselben enthaltenen
Materialien betrug der tägliche Durchschnittsverdienst:
für männliche Arbeiter über 16 Jahre 3,11 RM., für
männliche Arbeiter unter 16 Jahre 1,00 RM.; für
weibliche Arbeiter 1,15 RM. Und das nennt Herr
Hilger auskömmliche Löhne gegenüber der von
ihm selbst zugestandenen Fleischverteuerung?!
Vielleicht hat ihm bei seinem Ausspruch das kleine
Brot aus Laurahütte vom Jahre 1891. Die tägliche
Arbeiterfrau vorgeschnitten. Die Ernährungsvorhält-
nisse sind heute aber bei weitem andere als im Jahre
1891 und weitestenteils besitzen unsere Arbeiter nicht
familien von bloß 4 Personen, sondern solche von
6 bis 10 Köpfen und mehr. Aber auch die Aus-
führungen des Herrn Hilger bezüglich der 15 pCt.
Lohnerhöhung können dazu beitragen, der Dessenität-
keit Sand in die Augen zu streuen. Der Geheimrat
berechnet diese Lohnerhöhung von der Gesamtsumme
der von der Gesellschaft gezahlten Löhne. Jedes
Prozent der Lohnerhöhung betrage demnach 194 700
RM., 15 pCt. also 15 x 194 700 = 2 920 500 RM.
Es fordern aber vorläufig doch nur die Bergarbeiter
eine 15prozentige Lohnerhöhung. Im Jahre 1905
betrug die Zahl der bei der Gesellschaft beschäftigten
Bergleute 3109 + 4124 + 1000 = 8233 Mann mit
einem jährlichen Verdienst von 7 488 181 RM. Glas-
von 15 pCt. würden also nur 1 023 227 RM. aus-
machen. Bei den großen Mehr- und Nebenverdiensten
der Gesellschaft eine Summe, die wohl realisiert
werden könnte, ohne daß die Dividende erheblich ge-
schmälert werden müßte.

Herr Geheimrat Hilger hat auch das Schichten-
summen als Beweis für ausreichende Löhne hinge-
stellt. Das ist aber nur ein Scheinbeweis.
Und dann die den Arbeitern vorgeschriebene
Fruchtbarkeit! Es soll gegeben werden, daß, besonders
früher, ein gewisses Kontingent von Arbeitern an
Lohn- und Vorkursstagen dem Alkoholgenuss fröhlich
waren diese Arbeiter dann nicht fähig, am
nächsten Tage ihre Arbeit zu verrichten; heute ist
dieser Zustand zum größten Teile beseitigt; und wie
selbst Beamte, welche 300—400 Mann unter sich
haben, angegeben haben, sind es nur verhältnismäßig
wenige Arbeiter, die aus diesem Grunde der Arbeit
fernbleiben.

Der wirkliche Grund liegt tiefer! Der Ar-
beiter wird nur einmal im Monat gelohnt, ansatz
2 oder 3 mal im Monat, wie es doch leicht zu machen
wäre. Er hat nur einmal im Monat ihr Geld, und
da stellt sich meist das Bedürfnis heraus, mit der

deutschen Arbeiterchaft betreiben, sei nicht ernst zu nehmen. Die Gewerkschaften waren früher da als die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften wollten alle Arbeiter umfassen, da habe aber die Sozialdemokratie Hilfe für ihre Parteizwecke gebraucht und Klassenkampforganisationen gegründet. Die Zersplitterung ist also die Schuld derjenigen, die sie nicht anbanden. In eingehender Weise schildert er dann die Zusammenfassung und Funktionen aller Einrichtungen, wie Handelsamt, ständige Sozialkommission usw., welche die ausgebrochenen Streitigkeiten zu untersuchen und zu schlichten haben. Bevor nicht alle Instanzen sich mit der kritischen Frage befaßt haben, darf eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung nicht vorgenommen werden. Als Befehlshaber für die Volkswirtschaft so hochbedeutenden Einrichtungen ist nur die Anerkennung der Organisation durch die Unternehmer notwendig. Im Gegensatz zu unseren deutschen Arbeitgebern verhandelt der englische Unternehmer prinzipiell nur mit dem Schlichter der Arbeiter, da er hierdurch eine schnellere Entscheidung der Differenz erwartet. Ein Umstand, der den Beschäftigten mit den Arbeitervereinigungen weitaus erleichtert und der den deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften zur Nachahmung anzuwachen empfiehlt werden kann, ist der, daß in England nicht jeder Arbeiter zum Arbeiterführer gemacht wird, sondern nur praktisch und sozialpolitisch gebildete Männer, welche ein diesbezügliches Examen mit Erfolg bestanden haben, an die Spitze der Organisationen gestellt werden. Kollege Hartmann schloß mit dem Wunsch, daß bei uns in Deutschland der Gewerkschaftswert, bezw. die Anerkennung der Arbeiter-Vereinsvereine, nicht mehr lange auf sich warten lassen möge und daß unsere deutschen Arbeitgeber ihren traffen Herrenstandpunkt aufgeben möchten, damit endlich eine Form gefunden werden kann, die es ermöglicht, ausstehende Differenzen ohne große, volkschädigende Kämpfe zu schlichten, zum Besten unserer deutschen Industrie und zum Wohle unserer deutschen Völker. Erhöhter Beifall folgte den ca. zweifelhafte Ausprägungen. Die sich anschließende Diskussion bewegte sich im Rahmen des Vortrages. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten, worin er die Kollegen zu tatkräftiger Mitarbeit, insbesondere zur Stärkung unserer Organisation aufforderte, wurde die impotente Versammlung mit einem Hoch auf die Gewerkschaften geschlossen.

Ergebniswert ist noch, daß zu diesem Vortrage auch Vertreter der Chemnitzer Handelskammer mit ihrem Konvikts, Herrn Dr. Humm, dem mutmaßlichen Vorgesetzten des einseitigen Auftrags, die Gewährung von Sommerurlaub an die Arbeiter betreffend, erschienen waren. Hoffen wir, daß die Ausführungen des Kollegen Hartmann diese Herren zu der Erkenntnis gebracht haben, daß eine baldige Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Unternehmer im Interesse des sozialen Friedens dringend geboten ist.

Die Preßkommission.

brüstete die anderen Organisationen. Kraft seiner Stärke brauchte er, um Verrat an der Arbeiterschaft zu üben, andere Organisationen nicht, das brauchte er allein fertig. Die Arbeiter zeigten die vom Verband aufgestellten Forderungen ein. In einer Fabrik-Versammlung, wo darüber leitet der Gewerkschaft, welche man sich sogar soweit, den Bezirkskollegen aufzuführen, den Saal zu verlassen, da es eine Versammlung der Arbeiter der Firma Kaiser sei. Selbstverständlich verlief diese Aufforderung resultatlos, da Kollege Balzer geltend machte, daß wenn es sich um eine Arbeiterversammlung handle, dann wenn es sich um die Interessen der Gewerkschaften handle. Wohl oder übel mußten sich die Herren „Genossen“ damit abfinden. Es wurde nun über die resultatlos verlaufenen Verhandlungen berichtet, und dann am Schluss bekannt gemacht, es handle aber nur „frei“ Organisierte. Kollege Balzer fragte sofort bei den Versammlungsleiter an, wie es mit den anderen Organisationen stünde, bezw. der Weiterberatung. Da dies es, daß möge man ihnen überlassen. Herr Menge, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes erklärte, es sei Beschluß, andere hätten seinen Zutritt! Selbstverständlich haben wir nun nicht darum gebeten, uns doch in den „roten Bund“ aufzunehmen, sondern wir gingen, wie wir dies immer tun, wo man uns die Gleichberechtigung verweigert, selbständig vor. Wir berieten zunächst eine Versammlung in den Saalbau ein, mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Arbeiter zu dem verächtlichen Treiben des Metallarbeiterverbandes in der Bewegung der Gewerkschaft? Die Versammlung war äußerst gut besucht. Dies scheint dem Metallarbeiterverband schwer im Magen zu liegen, denn er hätte er Flugblätter ausgegeben, man sollte die Versammlung „nicht besuchen“. Vor dem Lokal hätte man sogar Kupfer auf die abtreiben sollen. Und trotzdem der starke Besuch!

Und warum läßt der Metallarbeiterverband die Geheimnisfrämer? Es hat einen guten Grund. Im Eisenwerk wird gekämpft um die Form der Lohnherabsetzung. Die von dem Eisenwerk angebotene Form haben die Verbände der Gebühler Käufer akzeptiert, die sie im Eisenwerk nicht akzeptieren wollen. Da sieht man doch, daß der Metallarbeiterverband geradezu Schindluder mit der Arbeiterschaft spielt. Ob die Arbeiter darauf die richtige Lehre ziehen werden? Es muß doch jedem Arbeiter klar sein, daß ein und dieselbe Organisation in ein und denselben Stadt nicht so grundverschieden handeln kann, wie es hier geschieht. Die Aktionäre des Eisenwerkes sind auch bei Gebühler Käufer beteiligt. Wo der Metallarbeiterverband für sich vorgeht, da ist er jähm und beschließen, sobald andere Organisationen beteiligt sind, dann glaubt er den Kapitalisten herausbeissen zu müssen und hindert so das Zustandekommen eines verständigen Vergleichs.

Sigung um 8 1/2 Uhr abends. Anwesend sind sämtliche Ausschußmitglieder, sowie der Bekannter Kollege Kühner. Zunächst teilt der Schriftführer über gefängliche Korrespondenzen der einzelnen Vereine mit. Ein eingehendes Schreiben wird Kenntnis genommen. Kollege Kühner übernimmt das Referat in der Ortsverbandversammlung am 21. November d. J. in Hildersheim. Kollege Kühner wird nach Schluß der Versammlung um 23 Uhr abends delegiert. Ueber angeführte Agitationen berichten die Kollegen Beder, Klein, Kühner und Kubert. Eine längere Debatte entspinnt sich hieran und wird das laute Verhalten einiger Vereine kritisiert. Es sollen die betreffenden Vereine nochmals bestraft werden. Begründet wurde unserseitig ein L. B. der Maler in Halberstadt. Eine eingehende Rücksprache findet über die jetzt herrschenden Lohnbewegungen statt und wird dabei das Gelingen gewisser Ausflüge beurteilt. Nach einigen internen Angelegenheiten Schluß der Sitzung 11 Uhr.

R. Kubert, Schriftführer.

Berlin. Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (D.G.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen.

Gängerkongress der Deutschen Gewerkschaften (D.G.). Jeden Donnerstag, abends 7-11 Uhr, Klubraum im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Greiner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 10. November. **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Ab 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen. L. O.: Protokolle, Monatsbericht. Vortrag, Regulatorische. — **Erweiterungsarbeiten VII.** Sonntag, 11. November, nachm. 4 Uhr, Versammlung mit Damen, 8. Rev. Blücherstr. 42. L. O.: Vortrag der Kollegen Hrl. Brenner und über: Die Frau in der Organisation. Diskussion. Bericht. Frauen u. Träger der Verbände folgen des Ein-Übers, Säulen und Säulen. Besondere besondere eingeladen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Sonnabend, 10. November, ab 8 1/2 Uhr, bei Laebisch, Brunnenstr. 41. L. O.: Monatsbericht. Vortrag des Kollegen Gleichauf über den Streit auf Rothe Erde bei Nacht.

Magdeburg. Grupp. Besuche u. Maler. Sonnabend, 10. November, ab 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Sudra“, Krotzschstr. 10. L. O.: Vorstandswahl.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hll. Schulte-Wattler, Distriktsrat. — **Saarnow und Huesegard (Ortsverband).** Die Besprechung der Ortsverbände-Erweiterung finden jeden Dienstag abends 9 Uhr im Ortslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, statt. — **Nachdem (Distriktsrat).** Jeden Sonnabend 5 Uhr Sitzung bei Balber, „Jägerhof“. — **Estetia. Norddeutscher Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Diskussionsabend im Lokal Engelke, Schillerstr. 9. Gäste willkommen. — **Färbenwalde (Ortsverband).** Sonntag, 11. November, nachm. 5 Uhr, im Billiardsaal, Rühler-Konzert mit darauffolgendem Tanzabend. Die Mitglieder nebst Familie sowie Gäste sind hiermit eingeladen.

Verbands-Teil.

Ausbreitungsverband Sachsen-Anhalt.
Protokoll der Vorstandssitzung vom 25. Oktober, abgehalten im Vereinslokal Sudra.
Der erste Vorsitzende, Kollege Beder, eröffnet die

Anzeigen-Teil.

Die Königsberger Hartungische Zeitung
(Gegründet 1660)

Ist das Hauptorgan der freistimmigen Volkspartei in Ost- und Westpreußen und bringt, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ausführliche Telegramme über alle wichtigen Ereignisse, Original-Zeitarbeit und Korrespondenzen, politische Übersichten, umfassende Reichs- und Landtags-Verhandlungen, telegraphische Coursnotierungen u. Mit besonderer Sorgfalt werden die Handels- und volkswirtschaftlichen Interessen wahrgenommen und krafftvoll vertreten, wie denn überhaupt die Hartungische Zeitung das maßgebende Handelsblatt unseres Nordostens ist. Ein gelegenes Peniketon, Konzert- und Theater-Referate u. fragen des weitern dazu bei, der Hartungischen Zeitung ihre alte Beliebtheit zu erhalten und ihr fort und fort neue Brände zu erwerben.

Die Hartungische Zeitung erscheint täglich zweimal.
Bezugspreis des Hft. 2,75 pro Vierteljahr (ohne Bestellgeld).
Für Königsberg Hft. 3.— pro Vierteljahr, mit Botenlohn Hft. 3,50.

Inserate jeder Art
finden bei der hohen Auflage der Zeitung die weiteste Verbreitung und sind stets wirksam, da das Blatt hauptsächlich in den gebildeten und kaufkräftigen Kreisen der Bevölkerung gelesen wird.

Inserationsorgan fast sämtlicher Behörden!
Zeilenspreis 30 Pf., Reklamen 75 Pf., Wohnungs-Anzeigen und Arbeitsmarkt 15 Pf.

Restaurant Teufels-See
Inh. Fritz Meyer (Tel. Ksp. 121) am Fusse der Mögelsberge
he rich gelegene romantische Teufels-See.
Nizza Dampfbrücke am Mögelsberge. Schöne Waldpromenade (5 Km.)

Das Gewerkschaften
Jahrgang 1903

Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/223.

Oldendammungen
an den Verbandsbureau:
R. Klein,
... Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/223.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bestschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Johann und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Zeitungen zum Gewerkschaftsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf.

Abgemessener durch die Unfallversicherungs-gesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf.

Freigewähltes zum Unfallversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.

Kupferdruckbild des Verbandsbureaus Dr. Max Hirsch 160 x 230 mm. Preis 50 Pf.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) von Dr. Max Hirsch. Preis 10 Pf.

Volks-Wirtschaftslehre von Dr. G. S. H. u. A. Preis 30 Pf.

Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von A. Winter-Berlin und H. Ernst-Dresden. Gratis.

Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis.

Lehrbuch der Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Johann-Burg und J. D. Käfer-Kürnberg. Gratis.

Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.

Kämpfe um Autonomie, Klage- und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranke-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Einkaufspreis durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Gesendungen sind immer zu richten an den Verbandsbureau Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.

Verbandsbureau!
Allen nach Berlin kommenden Verbandsbureau empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Residuen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Hübner, Langestraße.

Das Bureau des Zentralrats.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. — Druck und Verlag: Godebe & Gallinet, Berlin W., Poststraße 110.

Dr. Bert...
wir...
ber...
abge...
und...
g...
lpa...
bier...
an...
auf...
W...
es...
in...
das...
lan...
-pt...
wir...
D...
er...
best...
Der...
jeht...
G...
W...
sam...
R...
den...
be...
ge...
die...
G...
ein...
wa...
Da...
nt...
fa...
Ja...
die...
ein...
fu...
un...
Da...
W...
we...
ba...
ma...
E...
ab...
be...
de...
Di...
re...
be...
v...
de...
O...
D...
3...
te...
K...
zu...
es...
ll...
be...
G...
un...
D...

Frau zusammen notwendige Besorgungen zu machen etc. Auch die vielen Unfallsverletzungen, Krankheiten und Erschöplungen stellen doch ein ganz gewaltiges Hindernis zum Schichtenverbot. Aber noch ein Umstand bedarf der Aufklärung. Uns ist bekannt, daß sehr, sehr viele Arbeiter Ueberstunden machen, und zwar in ausgiebigster Weise, daher auch die Gültigkeit der Arbeiter schon mit dem 40. Lebensjahre. Wie kommt es da, daß trotz alledem eine so verhältnismäßig niedrige Durchschnittsgröße der jährlich verfahrenen Arbeitsschichten heraustritt? Ist da nicht vielleicht die Gemohnheit eingegriffen, daß man wohl die ordnungsmäßigen Betriebsschichten bucht und rechnet, die Ueberstunden, wenigstens zum übergrößten Teil, aber als Arbeit nicht rechnet, sondern nur in besonderer Rubrik als Verdienst oder Lohn mit einrechnet? Man könnte da zu so netten Lohnziffern, während die Schichtzahlen immer so hübsch unter normal bleiben können! Etwas muß da nicht stimmen, denn wir kennen da eine Unmenge von Lohnzetteln, die wohl einen ganz schönen Verdienst (108, 112, 120 M.) als monatlichen Lohn zeigen; wenn einem aber dann der Arbeiter sagt: „Ja, ich habe aber auch 36, 38, 39 Schichten den Monat gemacht,“ dann weiß man nicht, soll man lachen oder weinen? Wenn ein Geheimrat 38-39 Schichten im Monat zu leisten hätte, dann würde er wohl ebenfalls das Bedürfnis fühlen, 1-2 Tage, vielleicht auch länger Ruhe zu haben. Wenn Herr Geheimrat Pilger den Ausfall von 51000 Bummelschichten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gegen die Arbeiter ausspielt, so müssen wir darauf hinweisen, daß von ihm demgegen die Hunderttausende von Neben- und Ueberstunden nicht erwähnt worden sind, die tatsächlich von den Arbeitern Jahr aus, Jahr ein gemacht werden müssen.

Das alte Wort: „Bei dieser Lohnbewegung handelt es sich nicht um eine Forderung, sondern um die Nachfrage“, ist ein immer wiederkehrendes Gepräch, mit dem man aber weder die Arbeiter, noch die öffentliche Meinung zufriedig machen kann! Die Not des Lebens zwingt einfach die Arbeiter zu ihrem Gehoben, da man ihnen nicht rechtzeitig und freiwillig das Geben hat, was sie brauchen, und was sie doch den enormen Unternehmer-Gewinnen und der Learnung noch zu fordern berechtigt sind.

Die Arbeiterauschüsse sind nach Meinung des Herrn Pilger die gefährlichen Stellen, bei welchen die Arbeiter ihre Wünsche vorbringen können. Du lieber Gott, wie klingt das schön. Aber in Wirklichkeit ist es doch ganz anders! Wir haben schon viele Mitglieder von Arbeiterauschüssen auf ihre Pflichten hingewiesen, daß sie als die von ihren Kollegen gewählte Vertreter, ihren Vorgesetzten die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten hätten. Immer erhielten wir die Antwort: „Wir werden uns hüten; wir fliegen einfach raus, wenn wir mit etwas kommen wollen. Und wie mancher ist schon geflohen! Oder ist die Bereitwilligkeit der Großindustriellen gegenüber den Arbeiterauschüssen in Lohnfragen auf den Umhand zurückszuführen, daß ein glückliches Ungesähr einen Geheimrat des Vereins zur Wahrung der bergbaulichen Interessen hat bekannt werden lassen? Jenes Geheimrat, in welchem der Bergbauliche Verein seinen Mitgliedern aufgibt, mit den Arbeiterauschüssen über Lohnfragen nicht zu verhandeln, da dieselben hierfür nicht zuständig wären.

Undlich die Wohlfahrts-Einrichtungen. Viel wird getan, gewiß!

Aber im Interesse der Arbeiter? Oder sind diese Einrichtungen nicht bloß Mittel zu dem Zwecke, die Arbeiter an die Scholle zu binden, sie in Abhängigkeit zu erhalten usw. Wir meinen, die Großindustrie würde sich den größten Dank bei der Arbeiterschaft verdienen, wenn sie den Wert dieser Mittel und ein Teilchen des Reingewinnes den Arbeitern direkt als Lohn zuwenden würde, sie würde ihnen dadurch vielleicht einen wirklichen auskömmlichen Lohn schaffen, sie würde sich ein wirkliches Verdienst um die Kultur, um die vaterländische Wohlfahrt und Volkswirtschaft erwerben.

Der erste Sozialpolitiker Dr. jur. Richard Freund wirft in seiner eben erschienenen lehrbuchartigen Broschüre: „Sozialdemokratie und Arbeiterschaft“ folgende Frage auf: Welche Stellung hat der Politiker, insbesondere Sozialpolitiker zu der Arbeiterbewegung einzunehmen?

Der kolossale Aufschwung, welchen die deutsche Industrie genommen hat, ist nicht allein dem Genie, der Entlast, dem Fleiß, der Ausdauer der Unternehmer, sondern in gleicher Weise der Tätigkeit der deutschen Arbeiter zu verdanken.

Alle Bestrebungen, welche auf die Hebung des Arbeiterstandes, auf Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen gerichtet sind, müssen energisch gefördert werden, soweit es sich nicht um übertriebene und unerfüllbare Forderungen handelt. Die Maßnahmen für die Arbeiterwohlfahrt dürfen aber nicht Mittel zum Zweck sein, sondern um der Arbeiter selbst willen muß Sozialpolitik getrieben werden. Aber die Interessen des Arbeiterstandes wahr, macht die Interessen des Vaterlandes, und Sozialpolitik treiben, heißt in eminentester Weise vaterländische Politik treiben.

Das sind goldene Worte, die uns aus dem Herzen gesprochen sind und die wir den Vertretern der Großindustrie ins Stammbuch schreiben möchten. Die Gewerbetreibenden rufen nach Anerkennung. Herr Pilger wird ihnen dies nicht streitig machen können. Wie lange die Arbeiterbewegung auch noch dauert, den neutralen Gewerbetreibenden gehört die Zukunft; nur sie sind in der Lage den Arbeitern ihr Los nachhaltig aufzubessern und die Gegenstände unserer Zeit zum Ausgleich zu bringen, zum Wohle der Gesamtheit und zum Wohle des Vaterlandes. Briefe.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 9. November 1906.

Um der durch Prieslaftnotenien in der W. A. P. verurteilten Legendenbildung entgegenzuwirken, als ob die im Verbandsorgan erschienenen Zurückweisungen lediglich die Ansicht unseres Redaktors darstellten, hat der Zentralrat in seiner gestrigen Sitzung folgendes vom Kollegen J. Schumacher beantragte Resolutions angenommen: „Der Zentralrat weiß die durch das Eisenische Rundschreiben veranlaßten Angriffe der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen auf die Gesamtorganisation des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden entschieden zurück, da er die vorgeschlagene Taktik selbst auf das schärfste verwirft. Die im Verbandsorgan zum Ausdruck gebrachte Auffassung entspricht in jeder Hinsicht dem Standpunkt des Zentralrats, der sich daher auch vollständig mit dem Artikel „Arbeitervereine“ in Nr. 48 des „Gewerbetreibenden“ einverstanden erklärt.“

In der Presse der Christlich-Sozialen und des Zentrums, also der Brod- und Fleischvertreter, wird der infame Heberbas des Christlichen auf die Gewerbetreibenden geteilt und die Sache so dargestellt, als ob die Gewerbetreibenden den Streit begonnen haben. Auf unsere Anfrage geht uns eine eingehende Schilderung an, die in allen Punkten übereinstimmt mit unseren Mitteilungen in voriger Nummer. Zu beichtigen ist nur, daß das Licht vom Wählerpersonal ausgeht worden ist.

Wir kommen auf die Mitteilung aus Köln, welcher auch eine Erklärung der Maschinenbauer beigelegt ist, mit welcher die Unmährheiten der Christlich-Sozialen und der Zentrumspresse widerlegt werden, zurück.

Was unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende antisemitisch-christlich-soziale Reich des Herrn Söder prophezeit dem Gewerbetreibenden, die sich bereits auf dem Aussterberlat befinden, den gänzlichem Untergang, da sie „zwischen den Riesenkolossen der christlich-nationalen auf der einen und der sozialistisch-materialistischen Arbeiterbewegung auf der anderen Seite“ gerrieben würden.

Wenn sich diese Prophezeiung des „wahrheitsliebenden“ Herrn Söder nicht besser bewährt, als alle seine früheren, dann leben die Gewerbetreibenden noch sehr lange.

Unsere Verbandsgenossen wird das Totsagen um soviel lebendiger machen, je öfter es links und rechts von ihnen von den Feinden einer gesunden Arbeiterbewegung wiederholt wird.

Den Gewerbetreibenden gehört die Zukunft, daran kann das heitere Gerächte der Stickerianer ebenso wenig etwas ändern, wie das Blößen der Christlichen und das Bekken der um Bel.

Für die Siebenzernmission ging unserm Kollegen B. Hamacher-Oberhausen aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe die Antwort auf die erfolgte Eingabe betreffend das Uebererschichten-unwesen mit die Speermaßregeln der Zeichen zu. Der Herr Minister teilt mit, daß er die Eingabe zur reformmäßigen Erledigung an das Oberbergamt in Dortmund weitergegeben habe. Bezüglich der Sperre will das Oberbergamt nicht zuständig sein, die Uebererschichtenfrage soll geprüft und die geforderte Einderung des Gesundheitsamtes soll in die Wege geleitet werden. Heute tagt die Siebenzernmission.

Arbeiterbewegung. Die Scherenmacher in Solingen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie reichen ein Preisvergehnis mit höheren Lohnsätzen ein, das bisher von etwa 35 Fabrikanten anerkannt wurde. Bei einer Anzahl von Fabrikten, die die Forderungen nicht bewilligen wollten, wurde die Arbeit niedergelegt. — Der 11. Boden währende Kampf auf dem Eisenwerke in Kaiserlautern ist beendet. Am heutigen Freitag bzw. Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Formenzugleure Berlins sind wegen Ablehnung ihrer Forderungen auf Einführung der stündigen Arbeitszeit und 15-prozentigen Lohnerhöhung in den Streik getreten. — Der Kampf in der Berliner Schuhindustrie nimmt noch immer seinen Fortgang. Ein Ende ist vorläufig noch nicht abzusehen, da die Schuhfabrikanten in diesen Tagen beschloffen

haben, sich gegen die Forderungen der Ballschuhmacher auch weiterhin ablehnend zu verhalten. — Die Mannheimer Schlächtermeister haben den mit den Gesellen vor dem Einigungsamte abgeschlossenen Vertrag nicht gehalten. Sie hatten erklärt, die Gesellenorganisation anzuerkennen, und dadurch die Aufhebung der Sperre erreicht. Jetzt wollen sie allein den Gesellenauschuss der Janung als die rechtmäßige Vertretung der Gesellen anerkennen. — Der Streik der Tischler dauert fort. Allerdings scheint die Zahl der Streikenden im Wöchentlichen abgenommen zu sein. — Die Belegschaften der Meuselwiger Kohlenwerke haben neue Forderungen an die Werksverwaltungen gerichtet und bis zum Donnerstags Antwort verlangt. — Auf der Hohenloheschen Schwefelsäurefabrik Johanna bei Eichenau ist wegen Nichtbewilligung einer Lohnerhöhung ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten. — Die Streikbewegung in der Geringer wälder Eisenindustrie ist durch Entgegenkommen der Fabrikanten beigelegt worden. — Der Streik der Sächsischen Tischler dauert fort, nachdem die Einigungsverhandlungen an dem Gewergerichte ergebnislos verlaufen sind. — In Rünchberg l. B. ist in der Buntweberei von Th. Hoffmann ein Streik ausgebrochen, an dem gegen 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind, während 10-15 Personen weiterarbeiten. — Die Lohnbewegung der Krefelder Färber hat mit einem Erfolg für die Arbeiter geendet. Den verschiedenen Kategorien wurden nicht unerhebliche Lohnerhöhungen gewährt, außerdem Zuschläge für Ueberstunden. Auch bezüglich der Nebenforderungen sind bemerkenswerte Zugeständnisse erreicht worden, so u. a. eine einheitliche für alle Betriebe und alle Arbeiter verbindliche tägliche Rindigung und Anerkennung der Arbeiterauschüsse und der Organisation. — 300 Arbeiter der Baumwollspinnerei in Erfurt haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die Entlassung der angestellt besser bezahlten böhmischen Arbeiter und Nichtverwendung von Böhmern. — Auf dem Bahnhofs Debra haben die Güterbodenarbeiter wegen zu niedrigen Lohnes und zu langer Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. — In Fouerges (Frankreich) haben wegen Lohndifferenzen 22 Schuh-Fabriken ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, etwa 7000 an der Zahl, ausgesperrt. — Wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen sind in Dudapest die Arbeiter sämtlicher lithographischen Anstalten in den Ausstand getreten. — In Vertriebs wird am Montag endgültig die Arbeit von sämtlichen Webereiarbeitern wieder aufgenommen. — Wegen Lohnforderungen sind auf verschiedenen Kohlenzweigen Böhmens die Belegschaften ausgeblieben.

Ueber die Frage „Franken braucht Geld“ wird die Diskussion in der Presse fortgesetzt und auch die Handelskammer mehrmals die Stellung zu ihr nehmen. Diese vertreten vorwiegend die Ansicht, daß die Arbeitgeber nur Auskunft über die Lohnverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter zu geben hätten, soweit der Gemeindevorstand die Personen, deren Gehalt oder Lohn er wissen will, mit Namen bezeichne.

Diese Anschauung vertritt auch der Abg. Justizrat Wolff-Pfisa in einem Aufsatz der „Liberalen Korrespondenz“. Nach stimmungsgemäßer Auffassung des § 23 dürfte vom Arbeitgeber nicht generell vor vornherein über alle Beschäftigte Auskunft verlangt werden. Vielmehr sei es nach wie vor Sache des Gemeindevorstandes, die Einkommens- usw. Verhältnisse zu ermitteln, wobei ihm der Arbeitgeber durch Auskunftserteilung zur Hand zu gehen habe.

Darum dürfte folgen, daß der Gemeindevorstand nur dann und soweit Auskunft einholen soll, als er sonst die Unterlagen für die Bestimmung nicht beschaffen kann. Er wird deshalb sein Verlangen auf die einzelnen Personen beschränken müssen, hinsichtlich deren er sonst Feststellungen nicht treffen kann, und er wird diese einzelnen Personen namhaft machen müssen. Darans folgt weiter, daß der Gemeindevorstand nicht berechtigt ist, seine Fragen zur Eintragung der Namen der beschäftigten Personen an den Arbeitgeber zu richten. Das ergibt sich auch aus dem Wortlaut des § 23 Abs. 3. Demnach hat der Arbeitgeber usw. nur über das Einkommen der von ihm beschäftigten Personen (auf Verlangen) Auskunft zu erteilen. Es versteht sich ganz von selbst, daß diese Bestimmung nicht ausdehnend ausgelegt werden kann, daß also der Arbeitgeber nicht darüber hinaus verpflichtet ist, sich von ihm beschäftigten Personen auszusprechen. Aber auch die besondern Fragen, wie sie in den Formulare mancher Gemeindebehörden gestellt werden, sind samt und sonders unzulässig. Mit der Auskunftserteilung über das Einkommen der Arbeiter erschöpft sich die Pflicht des Arbeitgebers. Die Auskunftspflicht darf ja auch offenbar nicht über das Maß der Steuererklärungsobligat — die für Einkommen von mehr als 3000 M. vorgeschrieben ist — hinausgehen. Darans folgt, daß das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung in einer bestimmten Summe auszugeben ist (§ 27), daß aber die Angabe der einzelnen Gewerksquellen oder Gewerbestarten nicht gefordert werden darf. Es besteht daher keine Pflicht zur Einzelangabe von Tagelohn, Monats- und Gehaltelohn, Ueberstunden- und Nebenlohn, aber den Wert freier Situation und Wohnung usw. Nur das Gesamteinkommen ist anzugeben. Man wird

schmachter — Die in den mit schloffenen a erklärt, d dadurch wollen sie die recht. — Der Allerdings können be Anfechtungen an Donnerstagesmohleschen genau ist ein Teil der Streikindustrie beilegt Arbeiterungen an hab. — zu ebereit an dem ligt sind. — Die mit einem schiedenen schiedungen an. Auch tendierte eine einheitliche Arbeiterleiter der die Arbeit angeblich anwendern haben in Lohnes bezeugt. Lohnoffe- und Krper. — d in Bu- Gen An- serviers amlichen — Wegen lengehen

in zweifelhafte zur Vermeidung von Rückfragen angeben, auf welche Arbeitszeit sich das angegebene Gesamteinkommen bezieht. Aber eine Pflicht hierzu besteht nicht. Hüllens soll es an einer Pflicht zur Angabe des Einkommensrückgründen. Die Verpflichtung zur Ermittlung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der Einkommensbehebenden wirtschaftlichen Verhältnisse (§§ 19 und 20 des Ges.) ist ausschließlich dem Gemeindevorstand anvertraut. Das der Arbeitgeber nur das Einkommen anzugeben hat, wie er es zur Zeit seiner Erklärung kennt, besteht sich von selbst. Denn er hat eine Tatsache (das Einkommen) anzugeben und nicht Schätzungen für eine über die Zeit der Aufgabe hinausreichende Zeit vorzunehmen.

Eine Generalversammlung der Fabrikantenvereinigung in Bocholt hat am 2. November sich in einer Resolution in ähnlicher Weise ausgesprochen:

Die Versammlung hält auch nach der inzwischen an die Handelskammer Düsseldorf gerichteten Erklärung des Finanzministers an der Auffassung fest, daß eine Aufstellung von Einnahmen der Arbeiter und Angestellten seitens des Arbeitgeberverbandes vom Arbeitgeber gemäß § 20 nicht gefordert werden kann, sie ist vielmehr der Aufsicht der §§ 19 der Gewerbeordnung die Ermächtigung gibt, für bestimmte, von ihr zu bestimmende Personen Auskunft zu verlangen.

Die Versammlung beschließt daher, ihren Mitgliedern zu empfehlen, die Auskunft nur dann zu erteilen, wenn die Personen, über deren Einkommen Auskunft gefordert wird, näher bezeichnet werden, die Aufstellung von Einnahmen aber nach wie vor abzulehnen.

Es würde zweifelhaft sein, wenn sich eine Handelskammer fände, die einem Arbeitgeber veranlaßt, sich auf ihre Kosten veranlagen zu lassen, damit ein Gerichtsbescheid den Sinn des Gesetzes deklarieren. Andernfalls muß durch eine Novelle zum Einkommensteuergesetz eine bessere Fassung der Vorschriften zu schaffen versucht werden, damit man wenigstens erfährt, was der Gesetzgeber gewollt hat.

Eine Minimallohnkonferenz fand in den letzten Oktobertagen in London unter Vorsitz des Lord Mayor in der Guild Hall statt. Angeregt war die Versammlung durch das Komitè der Londoner Gewerkschaften. Besonders zahlreich waren die Gewerkschafter vertreten. Kammerliche Sozialpolitiker der verschiedenen Richtungen nahmen an der Konferenz teil. Es wurde die Meinung vertreten, daß dem Glend in der Heimarbeit nur entgegengekehrt werden könne durch die gesetzliche Festlegung eines bestimmten Minimallohnes. In diesem Sinne wurde auch eine Resolution angenommen.

Die auf der Konferenz in London gehaltenen Reden, soweit sie uns durch die Presse zu Gesicht gekommen sind, haben uns nicht überzeugen können, daß eine gesetzliche Lohnfestsetzung durchführbar ist. Dieser gesetzliche Minimallohn würde so niedrig fixiert werden, daß er auf die Lohnverbesserung keinen für die Arbeiter günstigen Einfluß ausüben könnte. Ein Gesetz, das die Löhne bestimmt, hätte auch Vorschriften zu machen über die Preise der Waren. Daneben hätte der Staat es noch zu übernehmen, daß die Industriellen ihre Waren zu den Staatspreisen auch verkaufen kann. Das wäre der perfekte Sozialismus.

Dem Glend in der Heimarbeit kann sehr wohl begegnet werden, wenn die Gesetzgebung die Beschlüsse des Verbandstages der Deutschen Gewerkschaften in Hannover zur Geltung brachte.

Einzelne der Londoner Korrespondent des "Vorwärts", dem doch schon das sozialistische Prinzip des Minimallohnes gefallen müßte, hat große Bedenken. Zunächst geht ihm natürlich der Plan überhaupt nicht weit genug. Der Staat müsse weiter gehen. Er müsse

das Minimum an materiellen und geistigen Bedürfnissen festlegen, das eine englische Arbeiterfamilie in Umfang des 20. Jahrhunderts nicht nur wirklich hat, sondern wie sie es haben muß; denn es handelt sich bei dieser Maßregel doch um eine Hebung der unteren Schichten und nicht um eine Niederhaltung derselben. Das Bedürfnisminimum kann also nicht auf demselben tiefen Niveau bleiben, wie es jetzt ist, aber wie es die unteren Schichten sich selbst denken. Es muß vielmehr so gestaltet sein, wie äkonomisch gebildete Sozialpolitiker, die den überwiegenden Reichtum der modernen Gesellschaft kennen, es für kulturwürdig halten.

Das Problem ist auch nach dieser Erwägung noch lange nicht erledigt. Was soll mit dem Arbeiter geschehen, die unter den letzten ohmaligen Umständen noch einigermaßen beschäftigt sind, aber den gesetzlichen Minimallohn nicht verdienen können? Denn dieser Minimallohn wird verhältnismäßig abhängig sein müssen, und für einen unabhängigen Lohn wird doch der Arbeitgeber nur durch den leistungsfähigen Arbeiter ansetzen wollen. Werden da nicht viele minder leistungsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen schlechter dazun sein als jetzt?

Die Frage des Mindestlohnes ist also recht schwierig und tiefgreifend; sie ist keine einfache Angelegenheit, sondern ein großes Stück der sozialen Frage. Die Gesetzgeber würden zu erwägen haben: Ist der Reichtum und das Nationaleinkommen Englands groß genug, um die kulturwürdige Not der unteren Schichten des Proletariats befriedigen zu können? Wie hoch soll das Bedürfnisminimum einer proletarischen Familie sein? Sind Staat und Gemeinde bereit, diejenigen Arbeiter, die von der Privatproduktion nicht den gesetzlichen Mindestlohn erhalten und deshalb nicht beschäftigt werden können, mit Beschäfti-

gung zu versehen? Denn es ist sicher: bleiben diese Arbeiter unbefähigt, so werden sie das Mindestlohngesetz nicht beachten, sondern weiter als Heimarbeiter für Hungerlöhne haften. Soll man das Mindestlohngesetz wirkungslos sein, so müssen Staat und Gemeinde die durch das Gesetz brodel gewordenen Arbeiter beschäftigen können.

Die hier aufgeworfenen Fragen zeigen, daß ein gesetzlicher Minimallohn praktisch eine Unmöglichkeit ist.

Ein ernstes Wort hat die Berliner Fleischereinnung in Sachen der Fleischnot mit dem Landwirtschaftsminister von Podbielsky gesprochen, indem sie ihm folgende, am Mittwoch abend beschlossene Resolution zugehen ließ:

Wir bedauern es auf das tiefste, daß der Ratgeber der Krone auf die wiederholten Notrufe des Berliner Fleischergewerbes, welche im Interesse der Bevölkerung und im schweren Ringen um unsere Erziehung haben worden sind, bis bisher nicht einmal veranlaßt gesehen haben, eine Antwort zu erteilen; wir meinen, als Staatsbürger das Recht zu haben, auf unsere Eingaben und Bitten auch einer Antwort gewürdigt zu werden. Euer Erzeleung haben durch die nicht in Erfüllung gegangene Voraussage in Bezug auf Beendigung der Schweineerzeugung den unabweisbaren Beweis gegeben, daß Euer Erzeleung nicht in der Lage sind, die Verhältnisse auf diesem Gebiet richtig zu beurteilen, um danach geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Euer Erzeleung halten nach wie vor in unberechtigt Weise die Hand über einen Stand, welcher nun schon seit mehr als zwei Jahren in Bezug auf Reproduktion den berechtigten Forderungen der Konsumenten nicht nachkommen ist. Jeder Berliner Viehwirtschaftler ist eine Bauerntierhaltung für die für diesen Viehwirtschaftler in Betracht kommenden Bauernwirtschaft.

In Anbetracht des konjunkturellen Aufschwungs und in Abwägung unserer eigenen Erfolge erheben wir daher von neuem nicht mehr die Bitte, indem die Barberung, daß sofort Maßnahmen zur Deckung der Grenzen getroffen werden und eruchen Euer Erzeleung um Beschäftigung, wenn diese für die Volksernährung so dringend nötigen Anordnungen zu erwarten sind.

Das ist deutlich! Aber was haben die Jarnes-anträge des Volkes bisher genützt? Der größte Schweinezüchter Deutschlands, Herr Raiffner von Podbielsky, ist immer noch nicht gegangen worden. Noch niemals wurde die Staatsautorität und der im deutschen Volke tief wurzelnde monarchische Gedanke so schwer geschädigt, wie durch das Verbleiben des ehemaligen indirekten stillen Compagnons von Tippelskirch & Co., der seine Ministerherrlichkeit seiner Schweinezucht in hohem Maße dienlich zu machen mußte.

In Offen a. d. R. fand am 4. Robbr. eine Konferenz der Delegierten der evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens statt. Den Hauptvortrag hielt Gewerkschaftsbeamter Rafflenbeul über die Frage eines fruchtbareren Hand in Handarbeitens zwischen den evangelischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften. Nach den Zeitungsbereichten hat der Redner nicht allzuviel Optimismus hervorgebracht. Es ist praktisch auf die Dauer unmöglich, den konfessionellen Streit aus den christlichen Gewerkschaften, die jetzt noch vorwiegend Zentrumdomänen sind, fernzuhalten, wenn sie gleichzeitig auch die evangelischen Arbeiter umfassen. Die politische Beeinflussung der evangelischen Arbeitervereine ist eine andere als die dem Zentrum angehörenden christlichen Gewerkschaften. Darum ist es für die verständlichen und gebildeten Arbeiter beider Konfessionen auch nicht zweifelhaft, daß die Arbeiter den neutralen Gewerkschaften angehören sollten zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, da außerhalb dieser gemeinsamen Organisation dann jeder in politischen und religiösen Fragen den Weg gehen kann, den ihm Verstand und Gefühl anweisen. Diese Wahrheit hat wohl auch Herr Rafflenbeul begriffen, er meinte aber, daß die Deutschen Gewerkschaften sich nicht als Dränger keine neutralen Organisationen seien. Früher seien sie nur Filialen des Feinmens gewesen, heute aber seien sie Filialen der Nationalkongregation und zum großen Teile der Sozialdemokratie.

In den Hauptpunkten erkennt man die christliche "Rede" des Herrn Referenten. Die Gewerkschaften waren nie Filialen einer politischen Partei! Wir fordern daher Herrn Rafflenbeul auf, seine Behauptung unter Beweis zu stellen. Wir wünschen aber einen bündigen Beweis, kein Drumherumreden! Wir lassen es uns nicht länger gefallen, daß irgend ein Laie in der Arbeiterbewegung hineingerathener Rateneis ungekräft bewußte Unwahrheiten öffentlich verbreitet.

Der Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter im Tabakgewerbe ist nach der "Tägl. Rdh." im Reichsamt des Innern fertiggestellt und wird demnächst dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorliegen. Der Entwurf bezweckt, die für die Fabrikanten geltenden Schutzbestimmungen auch für die Heimarbeiter obligatorisch zu machen, um die in diesem Fabrikations-

zweig bestehenden Berufskrankheiten, zu denen auch die Lungenwindbrucht zu rechnen ist, nach Möglichkeit zu beschränken. Außerdem sollen auch zum Schutze der Konsumenten Vorkehrungen getroffen werden, um die Gefahr der Uebertragung von Krankheitskeimen, die bei der Heimarbeit durch die Beschränktheit der Arbeitsräume in besonderem Maße besteht, soweit möglich zu beseitigen.

In 2 1/2 Jahren Justizhaus und 10 1/2 Jahren Gefängnis wurde vom Landgericht Dresden der Maurer Hänel verurteilt, weil er Augen zum Weineid verleitet haben soll. Am 17. April kam es zu Verhandlung zu einem Zusammenstoß zwischen den von der Freien Vereinigung der Maurer gestellten Arbeitswilligen und den am Neubau der Professoren Gasanialt Streifenbau. Hänel hatte hierbei einen arbeitenden Maurer mit einem Stock geschlagen und wurde deswegen angeklagt. Er richtete an 3 seiner Genossen, die bei dem Vorgang zugegen gewesen waren, Briefe und einer der Adressaten übergab den Brief dem Gericht. Darin hand nun auch dieser Satz: "Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir mit unseren Augen nicht gegen die Gesellen aufkommen könnten!" Darin soll das Verbrechen der Verleitung zum Weineid liegen. Der Angeklagte wendete ein, er habe den Leuten nur nochmals den Sachverhalt ins Gedächtnis zurückrufen und die Erinnerung in ihnen ausfrischen wollen.

Die harte Beurteilung mag als eine dringende Mahnung an die Arbeiter wirken, daß sie vor allem auch Vorsicht über im schriftlichen Ausdruck. Vor hier eine Verleitung zum Weineid beabsichtigt, so muß sie auch strafrechtlich geahndet werden. Das Reichsgerichtsgesetz sieht eine Bestrafung (§ 159) mit Justizhaus bis zu 5 Jahren für den vor, der es unternimmt, einen anderen zur Begehung eines Weineides zu verleiten. Es ist aber doch nicht ganz ausgeschlossen, daß der Beurteilte nicht die Absicht hatte, zum Weineid zu verleiten, daß ihm diese Absicht aber zugeschrieben werden konnte auf Grund seiner allerdings nicht unbedeutlichen Ausdrucksweise in dem Briefe.

Wieder einer abgelehnt. Reichstagsabgeordneter Thiele, ein rabiatier Gewerkschaftsreferent, ist auf seiner Stellung als Redakteur des "Nationalen Volksblattes" befestigt worden. Dagegen erhebt nun das Gewerkschaftsstellvertreter Einpruch, weil es hierbei nicht gefragt worden ist. Das Statut schreibt vor, daß die Parteinstellen sich bei wichtigen Angelegenheiten mit den gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen hätten. Der "Vorwärts" erklärt, daß der Anspruch des Gewerkschaftsstellvertreter unbedeutend sei. Die erwähnte Bestimmung des Statuts könne sich nur auf Angelegenheiten beziehen, auf denen den gewerkschaftlichen Organisationen Aufgaben erwachsen, wie z. B. die Raiffner. Kontrolle und Verwaltung des Organs der politischen Partei könne nicht Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation sein.

Nach dieser Logik haben die Gewerkschaften nur die Rolle des Hausdieners in der sozialdemokratischen Partei zu spielen, d. h. sie haben nichts zu sagen, müssen aber gehorchen, wenn ihnen Befehle erteilt werden.

Die Halleischen Gewerkschaften hätten natürlich den Thiele vielleicht gern gehalten, weil er so tapfer auf die Gewerkschaften schimpfen konnte. Sie mögen sich indes trösten, die Partei wird gewiß dafür sorgen, daß der Rauffalger Thiele in diesem Punkt dem Vorgänger ebenbürtig ist.

Verrechnen haben sich die Leipziger Gewerkschaften beim Bau ihres Gewerkschaftshauses. Dem Gewerkschaftsstellvertreter wurde am Dienstag mitgeteilt, daß die Baukosten den Vorschlag erheblich übersteigen. Es wurde daher beschlossen, daß alle dem Stellvertreter angehörenden Gewerkschaften innerhalb eines Jahres für jedes Mitglied 3 Mark zur Erhöhung des Stammkapitals einzuzahlen haben. Die Gewerkschaften haben das Geld von ihren Mitgliedern einzutreiben. Bieleicht mit dem Erstatter?

Die öffentliche Lesehalle und Volksbibliothek in Jena konnte Ende Oktober auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken. Die von Professor Ernst Wille ins Leben gerufene Institution hat hier sehr viel Segen gestiftet. Im ersten Jahre wurden bereits 55 903 Bände und im letzten Jahres 131 519 Bände ausgeliehen. In den 10 Jahren stieg die Zahl der ausgeliehenen Bücher auf fast 1 Million und die Zahl der Leser auf 22106. Die Arbeiter Jenas können den untergeordneten Volksherrn Wille dadurch am höchsten ehren, wenn sie die von ihm gegründete Institution recht fleißig benutzen.

Die General-Intendantur der Königl. Schauspielveranstaltung auch in diesem Winter Volksaufstellungen im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) zu billigen Preisen. Der Kartenvorverkauf für diese Vorstellungen ist wiederum dem Verein für Volksunterhaltungen übertragen worden. Zur Aufführung gelangt als erste vollstimmliche Vorstellung am 14. November,

